



Pressemitteilung

Berlin, 1. Februar 2013

Studierende im Hartmannbund setzen ein eindrucksvolles Zeichen

Blitzumfrage: Knapp 6000 Medizinstudierende stimmen für Aufhebung der Deckelung der PJ-Vergütung im Ausland

Beeindruckende Beteiligung und eine klare Aussage: In einer aktuellen „Blitzumfrage“ des Hartmannbundes haben sich exakt 90 Prozent der 6000 an der Erhebung beteiligten Medizinstudierenden für eine Aufhebung der im Dezember vom Bundesrat beschlossenen Deckelung der Aufwandsentschädigung für ein Praktisches Jahr (PJ) im Ausland ausgesprochen. „Diese unglaubliche Resonanz auf unsere Umfrage und das klare Votum bekräftigen uns in unserer Absicht, gegen die kürzlich eingeführte monatliche Höchstgrenze von 597 Euro für das PJ im Ausland vorzugehen“, sagte Kristian Otte, der Vorsitzende der Medizinstudierenden im Hartmannbund. Man habe bereits vor der Bundesratssitzung davor gewarnt, dass diese gleichermaßen für Deutschland und das europäische Ausland vorgesehene monatliche Vergütungshöchstgrenze keine Lösung für das Auslands-PJ sein könne. „Die Medizinstudierenden, die ein PJ-Tertial innerhalb der EU oder in der Schweiz absolvieren wollen, stecken auf Grund der neuen Regelung in erheblichen Schwierigkeiten. Deshalb fordern wir den Gesetzgeber auf, diese Deckelung umgehend zurückzunehmen.“

Bisher hatte es bei der PJ-Vergütung im Ausland kein Limit gegeben – nach Ottos Meinung auch „mehr als vernünftig“, da die Lebenshaltungskosten im Ausland oft höher seien als in Deutschland. Otte: „Die neue PJ-Vergütungsregelung hingegen, die zum 1. April für PJ-Tertiale in Deutschland sowie innerhalb der EU und in der Schweiz gelten soll und die neben der vorgesehenen

HB-Pressestelle
Michael Rauscher (Leiter)
Petra Schröter (Sekretariat)
Tel.: 030 206208-11
Fax: 030 206208-711
E-Mail: presse@hartmannbund.de

Hauptgeschäftsführung
Kurfürstenstr. 132
10785 Berlin
Telefon: 030 206208-0
Telefax: 030 206208-29
E-Mail: hb-info@hartmannbund.de
Internet: www.hartmannbund.de

Höchstgrenze von monatlich 597 Euro bei einem Auslandsaufenthalt lediglich Zuschläge zur Deckung von Studiengebühren sowie Reisekosten beinhaltet, reicht von vorn bis hinten nicht.“ Vor allem vor dem Hintergrund, dass diejenigen Studierenden, die bereits Verträge für die Zeit nach dem 1. April abgeschlossen hätten, ihre Kontrakte möglicherweise neu abschließen müssten, sei der gesamte Vorgang völlig inakzeptabel. „Der Gipfel ist, dass zu hohe Geld- oder Sachleistungen am Ende sogar dazu führen können, dass das PJ-Tertial im Ausland vom jeweiligen Landesprüfungsamt nicht anerkannt wird. Das erinnert an einen Schildbürgerstreich“, verlieh Otte seiner Verärgerung Ausdruck. Einzige Konsequenz könne sein, umgehend die Deckelung der PJ-Vergütung für das Ausland zurückzunehmen und für akute Fälle zügig Übergangsregelungen zu schaffen.

Ein weiteres Ergebnis der „Blitzumfrage“ betrifft die von den Medizinstudierenden des Hartmannbundes geforderte Einführung einer bundesweit einheitlichen Vergütung von 597 Euro monatlich an jedem PJ-Krankenhaus in Deutschland. Rund 88 Prozent der 6000 Teilnehmer haben sich für die einheitliche Zahlung einer monatlichen PJ-Vergütung ausgesprochen. „Dieses Ergebnis sehen wir als Auftrag“, gab sich Kristian Otte kämpferisch. „Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Medizinstudierenden in Deutschland diese Vergütung auch erhalten, denn das Arbeitspensum ist überall gleich hoch.“